

**Die Ernte wird eingefahren – In Mazedonien entwaffnet die NATO die albanische UCK**

Die Operation *Essential Harvest* zur Entwaffnung der UCK-Terroristen in Mazedonien ist erfolgreich angelaufen. Während Verteidigungsminister Rudolf Scharping noch auf Mallorca plantschte und der Bundestag über die Entsendung eines zusätzlichen Kontingentes Soldaten nach Mazedonien diskutierte, hat die NATO bereits ein Drittel der veranschlagten 3300 Waffen in den Bergen von Tetovo eingesammelt. Damit war ein Teil der geforderten Voraussetzungen geschaffen, um das *Framework Agreement* vom 13. August im mazedonischen Parlament zu beraten und schlussendlich zur Abstimmung zu bringen.

Nach zähem Ringen und teilweise ausschweifenden Diskussionen haben schließlich am 6. September 91 von 120 Abgeordneten in der „Sobranje“ dem Rahmenab-

kommen von Ohrid zugestimmt. Damit haben die mazedonischen Volksvertreter den entscheidenden Grundstein zur weiteren Entwaffnung der UCK gelegt, an der nun auch die Bundeswehr mit ihren 500 entsandten Soldaten teilnimmt. Zeitgleich wird das Parlament einen Verfassungsausschuss bilden, der über die einzelnen im Rahmenabkommen aufgeführten Verfassungsänderungen beraten wird. Wenn diese Änderungen in der Folge gebilligt werden, wird der mazedonische Staatspräsident Boris Trajkovski erklären müssen, ob die Terroristen entwaffnet und ihre Kampfverbände aufgelöst sind. Erst dann tritt das Parlament zu seiner letzten Sitzung zusammen, um die Verfassungsänderung zu beschließen.

**Das Rahmenabkommen – eine Chance auf Frieden in Mazedonien**

Im *Framework Agreement* und den damit verbundenen Veränderungen der mazedonischen Verfas-

sung ist weitgehend den Forderungen der albanischen Parteien DPA und PDP gefolgt worden. Diese verstehen sich seit der Unterzeichnung der Erklärung von Prizren am 23. Mai 2001 als politischer Arm der UCK in Mazedonien. Folgende Punkte wurden berücksichtigt:

*Erstens:* Seit langem fordern die überwiegend von der albanischen Bevölkerung bewohnten Gemeinden eine größere Budgetfreiheit sowie umfassendere Gestaltungsmöglichkeiten für die lokale Selbstverwaltung. Mittlerweile wird diese Forderung allgemein von den Vertretern der meisten Kommunen im Land geteilt. Eine entsprechende Gesetzesvorlage befindet sich bereits seit Anfang des Jahres 2001 im Parlament. Das Rahmenabkommen möchte nun den Prozess der Ratifizierung und anschließenden Implementierung der Gesetzesvorlage nachdrücklich beschleunigen.

*Zweitens:* Zur Förderung der ethnischen

Ausgewogenheit in den Verwaltungsstrukturen, im Polizei- und Militärapparat sowie in der Hochschulausbildung soll das Prinzip der *affirmative action* angewandt werden. Dabei soll der prozentuale Anteil der albanischen Minderheit in den entsprechenden Institutionen dem realen Anteil von zirka 23 Prozent der Gesamtbevölkerung angepasst werden.

*Drittens:* Um einen Beschluss beziehungsweise ein Gesetz im Parlament zu verabschieden, bedarf es der Mehrzahl der Stimmen der im Parlament vertretenen nicht mazedonischen Abgeordneten innerhalb einer Zwei-Drittel-Mehrheit beziehungsweise der absoluten Mehrheit.

*Viertens:* Die mazedonische Sprache ist offizielle Amtssprache in der Republik Mazedonien. Sprachen, die mindestens von zwanzig Prozent der Bevölkerung gesprochen werden, sind ebenfalls auf Landes- und Kommunal-ebene Amts- und Verwaltungssprachen. Bei einem albanischsprachigen Bevölkerungsanteil von etwa 23 Prozent bedeutet dies eine De-facto-Aufwertung der albanischen Sprache zur zweiten offiziellen Amts- und Verwaltungssprache in der Republik Mazedonien.

*Fünftens:* Die islamische Religionsgemeinschaft wird mit der Mazedonisch-Orthodoxen Kirche in der Verfassung gleichgestellt und erfährt dadurch eine allgemeine Aufwertung und Anerkennung.

Wichtige Problemfelder wie beispielsweise Fragen der Sprache, der Religion und der Verwaltungsstrukturen sowie der Hochschulbildung sind nun vertraglich fixiert worden und zwingen – nach der endgültigen Ratifizierung des Abkommens durch das Parlament – die Regierung zum Handeln. Die Notwendigkeit der meisten im Abkommen fixierten Maßnahmen ist unbestritten.

### Kapitulation vor der UCK?

Der Entscheidungsverlauf der Verhandlungen lässt allerdings bei zahlreichen mazedonischen Politikern beziehungsweise bei weiten Teilen der mazedonischen Bevölkerung den Eindruck einer „Kapitulation“ vor der UCK entstehen. Nur auf großen Druck von Seiten der NATO und der EU sind die mazedonischen Verhandlungsführer immer wieder an den Verhandlungstisch zurückgekehrt.

Während die albanischen Parteien einhellig das Abkommen unterstüt-

zen, findet die Auseinandersetzung insbesondere zwischen den mazedonischen Parteien statt. Präsident Trajkovski, der wesentlichen Anteil am Zustandekommen des Abkommens in Ohrid trägt, wirbt ohne Unterlass für die Ratifizierung des Dokumentes und die daraus resultierende Verfassungsänderung. Unterstützung erhält er von Branko Crvenkovski, dem Parteivorsitzenden der sozialdemokratischen SDSM, der seine Parteikollegen im Parlament zur Zustimmung aufrief. Innerlich zerrissen scheint die konservative VMRO-DPMNE. Deren Parteivorsitzender und Premierminister Mazedoniens, Ljubcho Georgievski, kritisiert vor allem, dass bislang nicht alle Voraussetzungen erfüllt seien, um das Abkommen umzusetzen.

### Brechung des Waffenstillstandes

Neben der Abgabe der Waffen sollten, gemäß der Vereinbarung von Ohrid, die Rückkehr aller Flüchtlinge in ihre Dörfer sowie ein dauerhafter Waffenstillstand gewährleistet sein. Beide Forderungen blieben bislang unerfüllt, da die Terroristen erobertes und „gesäubertes“ Gebiet nicht geräumt haben und der Waffenstillstand immer wieder durch ver-

einzelte Vorfälle an der Grenze zum Kosovo gebrochen wird. Die deutliche Zustimmung des Parlamentes zum Rahmenabkommen zeigt jedoch, dass allgemein Konsens darüber besteht, die innerstaatlichen Probleme auf friedlichem Wege lösen zu wollen. Einzig die Demokratische Alternative (DA) hat bislang das Abkommen in aller Deutlichkeit abgelehnt. Unterstützt wird die Partei vom radikal nationalistischen World Macedonian Congress, der auch hinter den anfänglichen Blockaden an den Grenzübergängen zum Kosovo steht.

### Weitere Teilung des Landes?

Auch nach der Ratifizierung des Abkommens und der anschließenden Umsetzung in Form einer Verfassungsänderung bleibt die weitere Entwicklung des Landes jedoch nach wie vor ungewiss. Bereits unmittelbar nach Unterzeichnung des *Framework Agreements* am 13. August in Ohrid ist es zum Affront von Seiten der albanischen Verhandlungsführer gegen die mazedonische Bevölkerungsmehrheit gekommen.

Zum einen hat der Vorsitzende der albanischen DPA, Arben Xhaferi, seine Pressekonferenz im Anschluss an die Verkündung des Endes der Vertragsverhandlungen in albanischer Sprache abgehalten, ohne die entsprechende Übersetzung ins Mazedonische zu gewährleisten. Zum zweiten hatte der Führer der mazedonischen UCK, Ali Ahmeti, wenige Tage später in Sipkovica bei seiner Pressekonferenz neben der albanischen Flagge lediglich die Flaggen der NATO, OSZE und der EU aufgezogen. Dieses Verhalten lässt die Mazedonier wenig zuversichtlich in die künftige Entwicklung ihres Landes blicken und zeigt die andauernde Schwierigkeit des Zusammenlebens der beiden Bevölkerungsgruppen.

Zudem haben immer wieder vereinzelt Bombenanschläge in Skopje und anderen Städten in den letzten Wochen die allgemeine Unsicherheit in der Bevölkerung geschürt. Während zuvor der Konflikt in erster Linie zwischen UCK und mazedonischer Armee ausgetragen wurde, besteht nun die Sorge, dass die Aus-

einandersetzung in die Städte hineingetragen wird. So wird es wieder Jahre dauern, bis das gegenseitige Vertrauen und eine gewisse Stabilität des Landes hergestellt sind. Jüngst mehrten sich die Rufe nach einer langfristigen UNO-Mission zur Überwachung der Grenzen und einer Vergrößerung der OSZE-Gesandtschaft zur Beobachtung der innerstaatlichen Entwicklung. Zur Stabilität des Landes und der Region ist mehr denn je das Engagement der internationalen Gemeinschaft gefordert. Neben dem immensen wirtschaftlichen Schaden für Mazedonien – von geschätzten 800 Millionen D-Mark ist die Rede – muss zunächst der gesellschaftliche Dialog zwischen den Volksgruppen vermittelt werden. Denn auch die Förderung der wirtschaftlichen Prosperität und damit des persönlichen Wohlergehens jedes einzelnen Bürgers kann nur dann zu dem gewünschten langfristig stabilisierenden Erfolg führen, wenn dieser Prozess Hand in Hand mit einer Neubegründung der politischen Kultur im Land einhergeht.